

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Mehr Demokratie - Direktwahl des Bundespräsidenten

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, im Wege einer Bundesratsinitiative eine Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziel der Einführung der Direktwahl des Bundespräsidenten durch das deutsche Volk herbeizuführen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Der amtierende Bundespräsident Horst Köhler hat in der ARD am 24.06.2007 die Einführung der Direktwahl des Bundespräsidenten vorgeschlagen. Da der Bundespräsident selbst nicht Gesetzesinitiativ werden kann, seine Forderung jedoch für mehr Demokratie sorgen würde, ist eine entsprechende Gesetzesinitiative seitens der Landesregierung geboten. Ein direkt vom Volk gewählter Bundespräsident würde sicherlich mehr Autorität genießen. Durch das Heraushalten der Wahl des Bundespräsidenten aus dem üblichen Parteigezänk könnte darüber hinaus der um sich greifenden Politikverdrossenheit entgegengewirkt werden.